



Berlin, 14. Juni 2012

## GdP begrüßt Verbot salafistischer Vereine

**Hilden/Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die vom Bundesinnenminister ausgesprochenen Verbote mehrerer salafistischer Vereine. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Damit zeigt der Rechtsstaat, dass eine massive Bekämpfung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, gleich ob durch politische oder religiös motivierte Extremisten, nicht hingenommen wird.“ Gleichzeitig befürchtet die GdP eine weitere Radikalisierung gewaltbereiter Islamisten. Witthaut: „Die Sicherheitslage ist angespannt.“

Nach den bisherigen Erfahrungen, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, würden die gewaltbereiten Salafisten ihren Zorn über diese notwendigen Maßnahmen, zu denen auch die großangelegte Durchsuchung von Wohnungen den Behörden einschlägig bekannter Salafisten gehöre, insbesondere gegen die Polizei richten.

Witthaut: „Salafistische Extremisten lehnen unseren Rechtsstaat und ihre Organe ab. Sie akzeptieren auch nicht unsere Rechtsordnung. Aus diesem Grunde ist ein konsequentes Einschreiten gegen extremistische salafistische Umtriebe erforderlich. Ich setze auf die Bereitschaft der Islamverbände in Deutschland, gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden und allen friedliebenden und rechtsstaatlich orientierten Muslimen gegen dieses extremistische Bewegung vorzugehen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190